

## Offener Brief

# „Runder Tisch Corona-Maßnahmen“

Das fordern Osnabrücker Bürgerinnen und Bürger von der Oberbürgermeisterin

14. Januar 2022

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Unterzeichnenden sind in großer Sorge um das Gemeinwohl, um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, die freie und offene Gesellschaft und den Frieden in unserer Stadt.

Durch die Ausrufung der Corona-Pandemie hat es auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene seit nunmehr rund 22 Monaten erhebliche Einschränkungen der Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten gegeben. Über die Bedeutung von SARS-CoV-2 und Covid-19 gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen und Einschätzungen. Im polit-medialen Mainstream herrscht mehr oder weniger das Narrativ vor: „Killervirus plus Rettungsimpfung“. Wer dies anders sieht, wird schnell delegitimiert oder auch diffamiert – auch Fachleute mit einer respektablen fachlichen Vita sind davon betroffen. „Coronaleugner“, „Covidioten“ oder „Querdenker“ sind Begriffe, mit denen Andersmeinende abgestempelt werden. Mit Totschlagvokabeln wie „Nazi“, „Faschist“ oder „Antisemit“ werden Menschen belegt, die sich abweichend vom polit-medialen Mainstream positionieren und äußern. Dass man damit der Mehrheit dieser Menschen abgrundtief unrecht tut, ist offensichtlich. Dennoch wird weitergemacht. Diese Stigmatisierungen sind nicht nur ehrenrührig, sondern werden auch nicht den Tatsachen gerecht. Das bestätigt bisweilen sogar die Lokalpresse: „Es ist auch nicht erkennbar, dass viele Rechtsextreme in der Gruppe agieren oder bei den Demos mitlaufen.“ (NOZ v. 11. 11. 22, S. 11) Aber weiterhin überwiegen die abwertenden und stigmatisierenden Zuschreibungen.

Inzwischen hat es einige Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen in Osnabrück gegeben, zuletzt auch zwei Gegendemonstrationen. Mit der Gegendemonstration am vergangenen Samstag haben Sie, Frau Oberbürgermeisterin, sich gemein gemacht. Das ist überaus bedauerlich, sind Sie doch die Oberbürgermeisterin aller Menschen, die in Osnabrück leben.

Wäre es nicht klüger, Sie setzten sich dafür ein, Gräben zu überbrücken, Dialog zu ermöglichen, Versöhnung zu stiften? Noch ist es nicht zu spät, die einseitige Parteinahme, die die gesellschaftliche Spaltung noch verschärft, aufzugeben und zur Brückenbauerin in unserer Friedensstadt zu werden.

Die Unterzeichnenden tragen Ihnen darum als Vorschlag und Bitte vor:

### **Laden Sie ein zu einem Runden Tisch Corona-Maßnahmen!**

Als Oberbürgermeisterin der Stadt, die sich selbst als Friedensstadt versteht, sind Sie dafür prädestiniert und exklusiv berufen. In einer Situation wie der jetzigen, in der die Gesellschaft polarisiert ist, wäre es Ihre Aufgabe und Chance zugleich, den Anspruch als Friedensstadt tatsächlich einzulösen. Dies wäre dann ein wirkliches „Zeichen für Vernunft und Verantwortung“, von dem Sie am vergangenen Samstag gesprochen und geschrieben haben.

Wir machen zu Organisation und Ausgestaltung des Runden Tisches folgende Vorschläge:

- Zum Runden Tisch wird unverzüglich eingeladen. Eine erste Sitzung sollte in den ersten Februartagen stattfinden.
- Die Teilnehmerzahl sollte sich an der Größe des Osnabrücker Rates orientieren, also um etwa 50 liegen. Maximal zehn Personen aus der Gruppe der hier Unterzeichnenden bzw. der von diesen Entsandten sollten teilnehmen.
- Sie als Oberbürgermeisterin übernehmen den Vorsitz, die Moderation jedoch eine Person, die dafür fachlich besonders ausgebildet ist und Erfahrungen in Psychologie und/oder Mediation hat.
- Der Runde Tisch gibt sich eine Geschäftsordnung. (Muster dafür finden sich zahlreich im Internet.)
- Die Sitzungen des Runden Tisches finden öffentlich statt (analog den Ratssitzungen, z. B. in der Stadthalle). Die Sitzungen werden im Internet übertragen und sind als Video-Aufzeichnungen auch danach abrufbar.

Die Unterzeichnenden möchten der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken und erreichen, dass die Menschen in Osnabrück wieder ihre demokratische Kultur leben: Nicht gegeneinander sich positionieren, schon gar nicht polarisieren, sondern sich verständigen über den richtigen Weg.

Demokratie bedeutet nicht „Unterdrückung oder Ausgrenzung von Minderheiten“. Vielmehr muss in einem wahren demokratischen Gemeinwesen der Schutz von Minderheiten einen hohen Stellenwert haben. Nur so ist ein friedliches Zusammenleben möglich.

Wir bitten Sie, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, entsprechen Sie unserem Wunsch, der ja nichts Exklusives bedeutet, sondern nur Selbstverständliches zur Grundlage nimmt. Im Osnabrücker Friedensbuch, für das auf der Seite der Stadt geworben wird, heißt es: „Der Westfälische Frieden hat aber gezeigt: Wer sich streitet, kann auch wieder Frieden schließen.“

Nehmen wir also dieses geschichtliche Vermächtnis ernst und lassen es aktuell werden. Bitte gehen Sie dabei voran, Frau Oberbürgermeisterin.

Mit freundlichen Grüßen

Benjamin Akyol  
 Elisabeth Altheim  
 Nina Hinrichs-Admis  
 Kai-Uwe Behrends  
 Beate Biege  
 Paul Biege  
 Thomas Biege  
 Frank Bock  
 Bodo Boehnke  
 Holle Brandolini  
 Matthias Buhl  
 Luana Caruso  
 Stefan Elsner  
 Dr. Peter Fischer  
 Jutta Freitags  
 Patrick Freude  
 Margarita Harnack  
 Sonja Helmich

Björn Herrmann  
 Sandra Hollmann  
 Maria Holz  
 Gunther Hullmann  
 Imke Israel  
 Kim Laura Kalinsky  
 Philipp Karow  
 Margret Krieser  
 Jenna Laubinger  
 Katja Laubinger  
 Rita Meuren  
 Rebecca Nitschke  
 Ursel Anna Möller  
 Mechthild Moreno  
 Marcel Müller  
 Hilka Pasman  
 Maria Polewsky  
 Thomas Polewsky

Eva Rehmann  
 Kathrin Richter  
 Susanne Riemer  
 Claudia Sakautzky-Peters  
 Daniel Sanchez Iglesias  
 Andrea Schoo  
 Katharina Schütze  
 Dr. Christian Schuldt  
 Carmen Stehlig  
 Heinz Stettin  
 Gesine Tiemeyer  
 Dr. Werner Vieregge  
 Raphaël Walter  
 Marlies Wiemeyer  
 Tania Wiese  
 Annegret Winter-Stettin